

A N F R A G E von Germain Mittaz (CVP, Dietikon)

betreffend Asylberatungsbüro im Kanton Zürich

Gemäss ausführlicher Berichterstattung im Thurgauer Tagblatt werden gewisse Asylsuchende aus dem Balkan von einem „Zürcher Asylberatungsbüro“ an der Kalkbreitestrasse in Zürich so beraten, dass am Schluss die Schweiz als Gastland die höchsten sozialen Ansprüche der Betroffenen zu leisten hat. Angeblich staunen die Benefiziäre selber über solch hohe finanzielle Leistungen der Schweiz. Die Beratung bestehe unter anderem darin, den Betroffenen das Lügen beizubringen, die Vernichtung der Ausweispapiere und das Simulieren von Krankheiten zu empfehlen. Das Bundesamt für Flüchtlinge in Bern scheint gemäss Bericht darüber informiert zu sein und bekundet seine Machtlosigkeit auf Grund der bestehenden Gesetzgebung. Der Bericht geht noch viel weiter und erweckt beim Leser nur Frust und Unzufriedenheit über die Art und Weise wie hier Kosten anfallen (Steuergelder, Sozialversicherungen, Administrationsaufwand etc.).

Aus gegebenem Anlass bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung von folgenden Fragen:

1. Ist der Regierungsrat über die angesprochene Institution informiert? Gibt es weitere ähnliche Organisationen im Kanton Zürich?
2. Wenn ja, in welchen Gemeinden sind sie tätig? Wer bezahlt diese Leistungen?
3. Ist die Kantonsregierung bereit zu intervenieren, damit solche Beratungscenter nicht mehr zugelassen werden (Berufsverbot)?
4. Hat die öffentliche Hand Dienstleistungen wie zum Beispiel Übersetzungen von solchen Organisationen, insbesondere vom oben erwähnten Büro an der Kalkbreitestrasse, auch schon in Anspruch genommen und dafür bezahlt? Wenn ja, wie hoch waren diese Honorare in den letzten 5 Jahren?
5. Ist der Regierungsrat bereit, in Bern gegen solche Beratungsangebote zu intervenieren?

Germain Mittaz